

# Menschliche Bomben

Wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik sind Behinderte derzeit Opfer brutaler Überfälle. Rechtsradikale gehen immer häufiger „Spastis klatschen“ – in Behinderten sehen sie, wie die Nazis, „unwertes Leben“.

**D**as Klingeln des Telefons läßt die Hamburger Schneidermeisterin Hannelore Krüger, 52, neuerdings zusammenzucken. Immer wieder hat die Rollstuhlfahrerin das heisere Flüstern eines Unbekannten am Ohr: „Wir sind überall, und bald bist auch du dran. In einem sauberen Deutschland können wir so was wie dich nicht brauchen.“

Die Anrufe gehen der sonst robusten Hamburger Landesvorsitzenden des Verbandes Selbsthilfe Körperbehinderter „verdammte unter die Haut“. Auch ihre gehbehinderte Bekannte Ursula Josten, 52, hat seit kurzem „ein mulmiges Gefühl“, wenn sie das Haus verläßt.

Ein jugendlicher hatte die gelernte Erzieherin auf offener Straße mit einer Farbdose angesprüht. Ein andermal stürzte ein Nachbar auf die Rollstuhlfahrerin zu, die sich mit Krücken ein paar Schritte vors Haus gewagt hatte.

Der Mann pöbelte: „Du Schlampe kannst ja laufen, du tust ja nur so“, und versuchte, der Behinderten eine Krücke zu entreißen. Nur weil der Hund der Bedrohten knurrend zwischen die beiden sprang, blieb Ursula Josten unversehrt.

Drei Tage später war das deutlich als Behinderten-Fahrzeug gekennzeichnete Auto der kranken Frau demoliert.

In Deutschland, so scheint es, fallen derzeit jene Hemmschwellen, die in zivilisierten Gesellschaften Gebrechliche und Behinderte schützen. Die neuen Gewalttäter, meist Jugendliche mit rechtsextremer Gesinnung, nehmen nach Ausländern und Obdachlosen mehr und mehr die Schwächsten ins Visier: die Behinderten.

Wie im Osten zum „Fidschi-Klatschen“ – zynisches Slang-Wort für die Hatz auf vietnamesische Vertragsarbeiter der Ex-DDR – gehen kahlköpfige Jungs in Springerstief-

eln immer häufiger „Spastis klatschen“. Die Betroffenen rüsten bereits zur Verteidigung.

Wie Ursula Josten organisieren sich Behinderte in Arbeitskreisen „Gegen rechts“, planen, wie in Wuppertal, Demonstrationen oder veranstalten, so in Köln, Lichterketten. Behinderten-Einrichtungen wie die Hamburger Elbe-Werkstätten entwickeln Ratschläge, wie auf Übergriffe reagiert werden sollte.

Rollstuhlfahrer bewaffnen sich mit Gaspistolen und Elektroschockgeräten. Bei den Verbänden häufen sich Anfragen nach Selbstverteidigungskursen.

Behinderten-Organisationen hatten die neue Gefahr monatelang heruntergeredet. „Einzelfälle müssen noch kein Trend sein“, erklärte noch Ende letzten Monats ein Sprecher der Lebenshilfe für geistig Behinderte.

Die Verbände und Vereine fürchteten eine Debatte, die ihre Schützlinge erst recht in die Opferrolle drängt und die mühsam erkämpfte Integration gefährdet. Das Bekanntwerden von Einzelfällen, warnte der Mainzer Psychologe Walter Maria Schubert von der Bundes-

arbeitsgemeinschaft der Clubs Behindertener und ihrer Freunde, provoziere außerdem „zur Nachahmung“.

Trotz der Schweige-Strategie häuften sich die Überfälle. Im sachsen-anhaltinischen Stendal überfielen Skins eine Schulklasse von Lernbehinderten des Reichsbund-Bildungswerkes. Sie fragten nach deren „Meinung zu Ausländern“ und prügelten anschließend auf die Kinder ein. Zwei Mädchen wurden schwer verletzt. Im baden-württembergischen Kernen wurde ein 69 Jahre alter, geistig behinderter Bewohner der Anstalt Stetten bei einer Fahrt im Liniibus beschimpft, bespuckt und dann geschlagen.

Die rheumabehinderte Schülerin Viola, 21, Stieftochter von SPD-Fraktionschef Hans-Ulrich Klose, fürchtet sich neuerdings, ohne Begleitperson im Zug zu reisen. Mutter Anne Steinbeck-Klose: „Früher war das kein Problem.“

Für den fast blinden und geistig leicht behinderten Lagerarbeiter Bruno Kappi, 55, aus Siegen endete der Überfall zweier Skins tödlich. Unweit seiner Haustür traf er morgens gegen fünf Uhr auf dem Weg zum Bus auf einen Hauptschüler, 16, und einen Fleischerlehrling, 20, der kurz zuvor seine Ausbildungsstelle verloren hatte.

Die beiden wollten „einfach einen umhauen“, wie der Leiter der Mordkommission, Klaus Laaser, bei den Ermittlungen erfuhr. Laaser: „Das sind menschliche Zeitbomben.“ Kappi, der sich heftig wehrte, wurde mit „massivem Schuhwerk“, vermutlich mit Springerstiefeln, zu Tode getreten. „Für die bei-



Behinderten-Demonstration gegen Gewalt (in Niedersachsen): „Bald bist du dran“

den Täter“, ermittelte der Staatsanwalt, „sind Behinderte unwertes Leben.“

Mit solchem mörderischen Vokabular hatten einst die Nazis ihre Gesetze gegen die „hemmungslose Vermehrung“ von „Erbkranken, Krüppeln, Blöden, asozialen Elementen und unheilbar Kranken“ propagiert. Am Ende stand die Massentötung Behinderter in Euthanasieanstalten.

Die bundesdeutschen Organisationen, die acht Millionen Behinderte vertreten, halten zwar jeden Vergleich mit der NS-Zeit für maßlos überzogen. Angesichts der Rezession und vieler Etat-Kürzungen im Sozialwesen sehen die Verbände jedoch mit Sorge die Vorzei-



**Getöteter Kappi**  
„Einfach einen umhauen“

chen einer neuen Kosten-Nutzen-Diskussion über behindertes Leben.

Schon geistern gefährliche Spar-Ideen durch die Literatur. In der *Juristenzeitung* schreibt der Darmstädter Rechtsprofessor Thilo Ramm, die „Gewissensentscheidung der Frau“, ein behindertes Kind auszutragen, sei „nur dann achtbar“, wenn die Mutter „die Verantwortung für die Folgen übernimmt“, sprich die Kosten.

Auch das umstrittene australische Ethiker-Duo Peter Singer und Helga Kuhse (SPIEGEL 40/1992) wirft in einer vom Rowohlt-Verlag für dieses Jahr angekündigten Übersetzung des Buchs „Should the baby live?“ die Frage nach der Wirtschaftlichkeit behin-

## „Der glatte Wahnsinn“

Wie Asylbewerber als Ladendiebe gebrandmarkt werden

**D**as amtliche Dokument, im Behördendeutsch „Aufenthalts-gestattung“ genannt, stammt aus der Bundesdruckerei in Berlin, Formular-Nummer 10112. Asylbewerber führen das vierseitige Papier als Paßersatz bei sich: „Der Inhaber genügt hiermit seiner Ausweisungspflicht“, heißt es im Kleingedruckten.

Auf der Titelseite werden von Amts wegen Namen und Geburtsdaten, Staatsangehörigkeit und Gültigkeitsdauer erfaßt. Auf der Rückseite prangt neuerdings bei einigen Asylbewerbern auch ein privater Eintrag – etwa: „Hausverbot Tengelmänn, Kaiser, Plus, Grossomarkt“, daneben ein blauer Gummistempel-Abdruck vom „Tengelmänn Supermarkt“ in Heilbronn.

„Mindestens 15mal“, räumte ein Heilbronner Tengelmänn-Marktleiter vergangene Woche gegenüber dem SPIEGEL ein, habe er bislang zu dieser „Abschreckungsmaßnahme“ gegriffen, nachdem bei ihm Asylbewerber als Ladendiebe ertrappt worden waren. Schlimme Folge: Wann immer ein Polizist oder Straßenbahnschaffner das Papier zu sehen bekommt – der Asylantrag ist abgestempelt als Dieb.

„Der glatte Wahnsinn“, kommentiert der Heilbronner Kripo-Vize Ru-

|                                                                                                                  |               |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |  |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|
| Weitere räumliche Beschränkungen/Auflagen:<br>----- Wohnsitznahme nur<br>in 7100 Heilbronn, Waldheide gestattet. |               | Aufenthalts-gestattung*)<br>(für die Bundesrepublik Deutschland<br>zur Durchführung des Asylverfahrens<br>gemäß Asylverfahrensgesetz – AsylMG)<br>Amtlich geändert                                                                                                                                                                         |  |
| <b>TENGELMANN<br/>SUPERMARKT</b><br>Kaiserstraße 17<br>7100 Heilbronn<br>Tel. 0-31-52 74 87                      |               | für Herrn/Frau<br>Name: _____<br>Geburtsname: _____<br>Vorname: _____<br>Geburtsdatum: 26. Dezember 1966<br>Geburtsort: Amia Temouchent<br>Staatsangehörigkeit: algerisch<br>Eingang des Asylantrags: 24. Februar 1993<br>Gültig – sofern nicht nach § 57 Abs. 2 AsylMG ausgesetzt – bis: 24. Februar 1993<br>(Verlängerung siehe Seite 4) |  |
| Die Gültigkeitsdauer wird bis zum verlängert.                                                                    | Dienst-siegel |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |  |
| Die Gültigkeitsdauer wird bis zum verlängert.                                                                    | Dienst-siegel |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |  |
| Die Gültigkeitsdauer wird bis zum verlängert.                                                                    | Dienst-siegel |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |  |

© Bundesdruckerei 10112

**Asyl-Ausweis mit Tengelmänn-Stempel: „Wie der Judenstern“**

dolf Herbricht die Abstempelung. Die parteilose Stuttgarter Stadträtin und Migrationsexpertin Shahla Blum erinnert der Tengelmänn-Stempel gar an „eine Brandmarkung wie den Judenstern“.

Mit Sicherheit belegt die illegale Praxis, daß der Einzelhandel immer gereizter und häufig mit unverhältnismäßig harten Mitteln auf die sprunghafte Zunahme der Ladendiebstahlsfälle reagiert.

So beschrieb jüngst der Geschäftsführer des Bundes Internationaler Detektive, Sigurd Feineis, den Teilnehmern eines Seminars für Kaufhausdetektive, wie man körperliche Gewalt gezielt gegen Ladendiebe einsetzt. Auch ein Tengelmänn-Mitarbeiter gibt zu, bei Asylbewerbern ge-

legentlich zu Selbstjustiz im Supermarkt zu greifen: „Denen hab' ich schon öfter eins draufgegeben“, beschreibt er seinen Umgang mit ausländischen Klauern.

Branchenexperten wie der baden-württembergische Fachautor und Detektivkritiker Rainer W. Wirsching halten dagegen: „Man kann doch Kriminelles nicht mit Kriminellem bekämpfen.“ Durch die Heilbronner Stempelpraxis, die ertrappte Asylbewerber nicht nur abschrecken, sondern bei Folge-Diebstählen

als Mehrfachtäter identifizierbar machen soll, werde letztlich rein gar nichts erreicht, „schon gar keine Prävention“.

Wirsching empfiehlt der Branche in seinem demnächst erscheinenden „Berufshandbuch für Kaufhausdetektive“ (Titel: „Darf ich Sie in mein Büro bitten“) für den Umgang mit ausländischen Ladendieben: „Kein anderes Verhalten als bei Deutschen.“ Nützlich allerdings seien „Warnschilder in mehreren Sprachen“.

Während sich die Tengelmänn-Spitze in Mülheim von der Stempelpraxis distanziert, behauptet der ertrappte Marktleiter in Heilbronn, er sei lediglich einem amtlichen Rat gefolgt: „Die Polizei hat's mir empfohlen.“

dersten Lebens auf: „Es gibt eine Grenze für die Belastbarkeit jeder Gemeinschaft.“

Der Präsident des Oberlandesgerichtes Dresden, Günter Hirsch (CSU), und Wolfgang Eberbach, Ministerialdirigent im Thüringer Justizministerium, problematisieren in einem Buch solche Thesen. So werde bereits mit Zahlen jongliert – etwa in einer Doktorarbeit, die aufrechnet, der Staat könne „an jedem nicht geborenen Behinderten durchschnittlich 7,3 Millionen Mark sparen, eingerechnet Pflegeheime, Sonderschulen usw.; bei 100 000 genetisch Geschädigten also 730 Milliarden Mark“.

Die „Trendwende“, die auch Günther Neuberger vom Verband der Kriegs- und Wehrdienststopfer, Behinderten und Sozialrentner wahrgenommen hat, registrieren Betroffene vor allem in der öffentlichen Diskussion.

In einem dringenden Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Mutter der mongoloiden Daniela Dahl, 22, aus dem nordrhein-westfälischen Kürten mit einem einzigen Wort über die Gefühlslage Zehntausender Auskunft gegeben: „Angst“.

#### Parteiverbote

## Symbolische Politik

Gerichte prüfen: Ist die Bonner Verbotstrategie gegen Neonazi-Parteien rechtswidrig?

**B**undesinnenminister Rudolf Seiters, 55, gab sich siegessicher. Die jüngsten Verbote neonazistischer Gruppen, verkündete der CDU-Politiker Ende letzten Jahres, hätten „Wirkung gezeigt“.

Seiters hat sich womöglich zu früh gefreut. Im November und Dezember hatte der Innenminister die Nationalistische Front (NF), die Deutsche Alternative (DA) und die Nationale Offensive (NO) verboten, weil sie „eine ausländerfeindliche Stimmung erzeugen und anheizen“.

Den Bonner Dekreten folgt jetzt ein komplizierter Rechtsstreit darüber, ob das Ministerium die rechtsextremen Organisationen zu Unrecht aufgrund des Vereinsgesetzes aufgelöst hat.

Die drei verbotenen Gruppierungen haben beim Bundesverfassungsgericht und beim Bundesverwaltungsgericht Klage eingereicht. Die Neonazis berufen sich auf den Parteienstatus ihrer Vereinigungen. Parteien können gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes nicht von Bonn, sondern nur vom Verfassungsgericht in Karlsruhe verboten werden.



Neonazi-Führer Swierczek: Dilettantische Beamte

In ihren Klageschriften verweisen die Rechtsradikalen darauf, daß der Bundeswahlleiter die NO, die DA und die NF gemäß Paragraph 6 des Parteiengesetzes registriert hatte. Auf Anforderung verschickte die Wiesbadener Behörde sogar Programme und Statuten auf Kosten des Steuerzahlers.

Bei der DA des Cottbuser Neonazis Frank Hübner, 27, notierte der Bundes-



Innenminister Seiters  
Dürrige Begründungen

wahlleiter in Wiesbaden noch im Oktober den neuesten Stand der Daten über Vorstandsmitglieder, Programm und Statut. Der NO des Augsburgers Michael Swierczek, 31, teilte die Behörde noch vier Wochen vor dem Verbot mit, sie habe deren „Unterlagen auf den neuesten Stand gebracht“.

Auch die Verwaltung des Deutschen Bundestages nahm artig die im Parteiengesetz vorgeschriebenen Finanzberichte der Neonazi-Parteien DA und NO ent-

gegen – Spenden an die braunen Propagandisten waren steuerlich abzugsfähig.

Innenminister Seiters selbst hat noch im jüngsten Verfassungsschutzbericht die NO als „Partei“ beschrieben, die „in den östlichen Bundesländern neue Aktivisten hinzugewonnen“ habe. In der Verbotungsverfügung vom 22. Dezember jedoch bestreitet das Bundesinnenministerium die Parteieigenschaft der Gruppierung – etwa mit dem Hinweis, die NO verfüge „bis heute nur über einen begrenzten Kreis von Mitgliedern in drei Landesverbänden“.

Solche Argumentation hält der Hamburger Staatsrechtler Wolfgang Hoffmann-Riem, 52, für „sehr kurzschlüssig und gefährlich“. Seiters' Verfügungen stuft der Professor als „typische Zeichen symbolischer Politik“ ein.

Die Verbotsbegründungen, so der Hamburger Jurist, seien „etwas dürrig“, die Parteieigenschaft der aufgelösten Organisationen habe das Innenministerium nicht einmal näher geprüft.

Eine solche rechtliche Prüfung aber erweist sich als äußerst schwierig. Das Grundgesetz kennt keine Institution, die einer Vereinigung den Parteienstatus rechtsverbindlich zuerkennen kann.

Auf eine derartige Instanz haben die Väter des Grundgesetzes bewußt verzichtet; die Bildung von Parteien sollte keinen Beschränkungen unterliegen. Das Bundesverfassungsgericht ist nur für Verbote verfassungswidriger Parteien zuständig, und ein solches Verfahren kann, wie bei der 1956 verbotenen KPD, mehrere Jahre dauern.

Seiters aber wollte nach den Morden von Mölln schnelle Erfolge vorweisen. Wie dilettantisch seine Beamten zu